

Luxemburg, 15. Juni 2024

---

**Beschluss „Die Zukunft einer gemeinsamen europäischen Verteidigung“**  
**Ausschuss für Auswärtige und Europäische Angelegenheiten, Verteidigung,**  
**Zusammenarbeit und Immigration**  
***(Übersetzte Fassung)***

---

Die Verteidigung Europas ist 2024 wieder zu einer absoluten Priorität geworden. Wie schon der Krieg in der Ukraine gezeigt hat, ist Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit. Allerdings wurde unsere Fähigkeit, uns zu verteidigen, nicht ausreichend bedacht.

Mehrere Faktoren tragen zur steigenden Unsicherheit bei, vor der die Welt steht. Zum einen hat der russische Angriffskrieg auf die Ukraine gezeigt, dass selbst im 21. Jahrhundert militärische Konflikte auf dem europäischen Kontinent nicht der Vergangenheit angehören und dass der Expansionsdrang despotischer und nicht-demokratischer Staaten die europäische Idee, unsere Werte und den Frieden in Europa bedroht. Darüber hinaus ist die Zuverlässigkeit der NATO als militärisches Bündnis erst nach den Präsidentschaftswahlen in den USA im November garantiert.

Um ein friedliches Zusammenleben in einem demokratischen und offenen Europa sicherzustellen, ist es von grundlegender Wichtigkeit, auf EU-Ebene einen gemeinsamen militärischen Rahmen zu schaffen, der die Sicherheit unserer Mitgliedstaaten garantiert und unsere Fähigkeit zur Selbstverteidigung stärkt.

Zu diesem Zweck hat das Jugendparlament einen detaillierten Beschluss vorgelegt, der als Grundlage für Überlegungen zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Verteidigungssystems dienen kann.

**In Erwägung nachstehender Gründe:**

- A. Das Jugendparlament ist besorgt angesichts der Tatsache, dass mehrere EU-Mitgliedstaaten keine NATO-Mitglieder sind, da dies bedeutet, dass die Europäische Union (EU) allein zuständig für die Verteidigung dieser Mitgliedstaaten wäre.[1]
- B. Das Jugendparlament bedauert das Fehlen eines Bekenntnisses zu einer einheitlichen Europäischen Verteidigungsunion auf höchster Ebene. Dies wird in den folgenden Tatsachen deutlich:
  - a. SEDE (der Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung) ist lediglich ein Unterausschuss des Europäischen Parlaments und kein vollwertiger Ausschuss.
  - b. Es gibt keine\*n europäische\*n Verteidigungskommissar\*in.[2]
  - c. Viele Mitgliedstaaten stellen nicht genügend Haushaltsmittel für den Verteidigungssektor zur Verfügung.[3]
- C. Das Jugendparlament ist besorgt angesichts der Tatsache, dass selbst jene Länder, die ihre Ziele im Bereich Verteidigungsausgaben erreichen, nach wie vor nicht in der Lage sind, ihre Streitkräfte angemessen einzusetzen. Diese Situation lässt sich auf die folgenden Faktoren zurückführen:
  - a. unzureichende Ausbildung der Truppen
  - b. fehlende Munition
  - c. mangelnde funktionstüchtige Ausrüstung
  - d. fehlende Einsatzbereitschaft der Truppen im Bedarfsfall[4]
- D. Das Jugendparlament befürchtet, dass der Strategische Kompass der EU und die darin vorgesehene EU-Schnelleingreifkapazität nicht ausreichen, um die EU in die Lage zu versetzen, ihre Ziele zu erreichen.[5]
- E. Das Jugendparlament unterstreicht nachdrücklich, dass einige Nationen offensichtlich nicht ausreichend vorbereitet sind, um sich gegen Cyberangriffe aus dem Ausland zu wehren. Dies gilt insbesondere für Angriffe auf:
  - a. Schlüsselinfrastruktur,
  - b. Regierungseinrichtungen.[6]
- F. Das Jugendparlament erkennt an, dass die große Vielfalt der europäischen militärischen Ausrüstung eine Folge der Marktstruktur ist, bedauert aber, dass die unterschiedlichen Bereitstellungsstandards und das Ausmaß an Verwaltung und Bürokratie die angemessene Ausrüstung bestimmter Streitkräfte sehr schwierig machen.[7]

- G. Das Jugendparlament stellt fest, dass der Mangel an Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Verteidigungsbereich Herausforderungen mit sich bringen kann, insbesondere:
- a. eine fragmentierte Verteidigungsplanung,
  - b. eine begrenzte Interoperabilität,
  - c. eine geringere Effizienz bei der Krisenreaktion,[8]
  - d. fehlende Infrastruktur für eine effiziente Verlegung von Truppen und Material in der EU.[10]
- H. Das Jugendparlament ist besorgt über den eklatanten Mangel an Industrien, die Militär- und Verteidigungsgüter in der EU herstellen, was die Verteidigungsfähigkeit im Krisenfall schwächt und zu mäßigen oder sogar niedrigen Munitionsbeständen usw. führt.
- I. Das Jugendparlament ist bestürzt über die jüngste Enttarnung von ausländischen Spion\*innen im Europäischen Parlament und fürchtet, dass diese Fälle geopolitische Rivalen nur ermutigen werden, die Sicherheit der EU-Institutionen weiter zu gefährden.

### **Das Jugendparlament:**

1. erinnert das nationale Parlament an die Bedeutung einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit im Bereich Verteidigung, um unsere Einheit zu erhalten und unsere Völker und gemeinsamen europäischen Werte zu schützen.
2. empfiehlt:
  - a. die Umwandlung von SEDE in einen vollwertigen Ausschuss des Europäischen Parlaments,
  - b. die Ernennung eines Kommissars / einer Kommissarin für Außenpolitik und Verteidigung, ein Posten, der die Zuständigkeiten des Hohen Vertreters der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik und die Zuständigkeiten im Bereich Verteidigung und Verteidigungsindustrie zusammenfassen würde,
  - c. Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben der EU-Mitgliedstaaten.
3. empfiehlt:
  - a. die Entwicklung strukturierter Ausbildungsgänge und eine einheitliche Vorbereitung für alle Streitkräfte in der EU, um die Interoperabilität und Effizienz der gemeinsamen Einsätze zu verbessern

- b. eine regelmäßige Prüfung der Verteidigungsausrüstung aller EU-Mitgliedstaaten,
  - c. die Ausweitung der intensiven Truppenausbildung der EU.
4. empfiehlt:
  - a. die im Strategischen Kompass der EU vorgesehene Schnelleingreifkapazität auszubauen,
  - b. mehr militärische Übungen zu veranstalten, bei denen Truppen aus mehreren Mitgliedstaaten unter einer einheitlichen Kommandostruktur zusammenarbeiten, um Notsituationen zu simulieren.
5. fordert, dass die Mitarbeiter\*innen der nationalen Regierungen und der EU-Institutionen sowie Inhaber\*innen politischer Ämter eine Pflichtschulung absolvieren, die sie in die Lage versetzt, Cyberbedrohungen zu erkennen.
6. empfiehlt die Umsetzung einer gemeinsamen und für alle Mitgliedstaaten zugänglichen Cybersicherheitsstrategie, um ein Mindestmaß an IT-Sicherheit zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang sollten:
  - a. eigene und innovative Cybersicherheitslösungen wie nationale Technologien und Software zum Schutz von Netzwerken und Informationssystemen entwickelt werden,
  - b. die Beziehungen und Synergien zwischen den Akteuren der Branche gestärkt werden, darunter:
    - i. Unternehmen,
    - ii. staatliche Stellen,
    - iii. Forschungsvertreter\*innen,
    - iv. Schulungsanbieter,
  - c. die dringlichsten Empfehlungen der nationalen Agenturen für die Sicherheit von Informationssystemen umgesetzt werden,
  - d. Cyberangriffe mithilfe folgender Maßnahmen überwacht, gemeldet und bearbeitet werden:
    - i. verstärkte Vorkehrungen zur Überwachung der Netzwerke
    - ii. schnelle Erkennung und effiziente Bearbeitung von IT-Sicherheitsvorfällen
7. ruft zu Zusammenarbeit durch Schaffung einer industriellen und technologischen Verteidigungsbasis auf.

- a. unterstützt eine EU-Finanzierungspolitik, die Unternehmen (Kleinstunternehmen, KMU und Großunternehmen) bei der Finanzierung und Weiterentwicklung ihrer Produktionskapazitäten unterstützt.
  - b. ruft die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) dazu auf, die Investitionen in die europäische Verteidigung zu überwachen, damit die Mitgliedstaaten ihre gemeinsame Position stärken können.
8. empfiehlt, die Produktion des für die Ausrüstung der Streitkräfte erforderlichen Materials zu erhöhen und die Rentabilität der Rüstungsindustrie durch folgende Maßnahmen sicherzustellen:
  - a. Verpflichtung der Mitgliedstaaten, dieses Material zu kaufen, indem sie:
    - i. ihre Bestände auffüllen,
    - ii. den Waffenexport an Drittstaaten erleichtern,
  - b. gezielte finanzielle Unterstützung für den Bau neuer Produktionsstätten.
9. empfiehlt, die Eisenbahnagentur der Europäischen Union (ERA) zu ermächtigen, in Notfällen der effizienten Beförderung von benötigtem militärischem Material auf der Schiene Vorrang einzuräumen.
10. empfiehlt die Entwicklung einer Industrie für die Produktion von Militär- und Verteidigungsausrüstung auf dem Gebiet der EU, aber weit entfernt von Regionen, in welchen die Gefahr einer Invasion besteht. Diese sollte durch einen gemeinsamen Haushalt der EU-Länder finanziert werden und idealerweise auf der Grundlage von Rohstoffen aus der EU produzieren.
  - a. Die Produktion würde unter anderem Folgendes umfassen:
    - i. militärische Ausrüstung (Artillerie, bewaffnete Fahrzeuge und Munitionsbestände)
    - ii. unterstützende Ausrüstung (medizinische Ausrüstung, Reparaturmaterial und Verpflegung)

Abschließend empfiehlt das Jugendparlament eine intensivere Zusammenarbeit aller EU-Mitgliedstaaten im Bereich der Verteidigung. Die Weiterentwicklung des Sicherheitsumfelds in Europa hat gezeigt, dass der bestehende Rahmen nicht ausreicht, um eine dauerhaftere Zusammenarbeit aller zivilen und militärischen Akteure zu gewährleisten und so die Verteidigung der Europäischen Union und unserer gemeinsamen europäischen Werte sicherzustellen.

Die Umsetzung der im vorliegenden Beschluss dargelegten Maßnahmen wie die Fortführung der Zusammenarbeit in den Bereichen Industrie, Aufklärung und Schnelleingreifkapazität würde die Entschlossenheit aller Mitgliedstaaten und der europäischen Institutionen zeigen, voranzuschreiten und Verantwortung für unsere kollektive Sicherheit zu übernehmen.

Die hier unterbreiteten Vorschläge unterstützen die Bemühungen Europas, strategische Autonomie zu erlangen und ein wichtiger Akteur auf der Weltbühne zu werden.

Das Jugendparlament ist überzeugt, dass diese Maßnahmen zu einem dauerhaft wohlhabenderen, geeinteren und stärkeren Europa beitragen. Angesichts der globalen Bedrohungen für unsere Sicherheit und unsere Werte müssen sich alle Mitgliedstaaten in Friedens- wie in Kriegszeiten solidarisch zeigen. Nur gemeinsam können wir die Herausforderungen von morgen meistern und unseren Kindern und Enkeln eine sicherere Welt hinterlassen.

---

[1] <https://www.cbsnews.com/news/nato-countries-maps-list-membership-requirements/>

[2] <https://www.europarl.europa.eu/committees/de/sede/home/highlights>

[3] <https://www.forces.net/news/world/nato-which-countries-pay-their-share-defence>

[4] <https://www.deutschlandfunk.de/bundeswehr-zukunft-zeitenwende-100.html#bundeswehr-aktuell>

[5] [https://www.eeas.europa.eu/eeas/strategic-compass-security-and-defence-1\\_en](https://www.eeas.europa.eu/eeas/strategic-compass-security-and-defence-1_en)

[6] <https://today.rtl.lu/news/world/a/2180107.html>

<https://www.economie.gouv.fr/hfds/cybersecurite-et-politique-ministerielle-ssi>

<https://cyber.gouv.fr/>

<https://www.cyber.gc.ca/>

[7] [https://www.researchgate.net/publication/371268080\\_Germanys\\_Rearmament\\_Plan\\_A\\_Problem\\_of\\_Bureaucracy](https://www.researchgate.net/publication/371268080_Germanys_Rearmament_Plan_A_Problem_of_Bureaucracy)

[8] <https://eda.europa.eu/news-and-events/news/2022/11/15/eu-defence-review-calls-for-greater-european-cooperation-to-match-defence-spending-increases>

[9] <https://www.swp-berlin.org/en/publication/intelligence-support-for-eu-security-policy>

<https://ip-quarterly.com/en/how-intelligence-supports-eu-security>

<https://www.statewatch.org/media/documents/news/2016/may/eu-intcen-factsheet.pdf>

[10] <https://eda.europa.eu/webzine/issue12/cover-story/europe-needs-a-military-schengen>

[11] <https://compass.onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1111/gec3.12727>